

ITA

BÜLTEN BULLETIN

**INFO-TÜRK AJANSI
AGENCE INFO-TÜRK
INFO-TÜRK AGENTUR
INFO-TÜRK AGENCY**

MONATLICHES INFORMATIONSBLATT
Verleger: COODIFF - Square Ch.
M. Wiser - 13/2 - 1040 Brüssel
Tel: 0032 - 2-230 34 72 Belgien

Nachdruck von Artikeln unter
Quellenangabe INFO-TÜRK erlaubt

4. Jg. - November 1979
Deutsche Ausgabe Nr. 13
Preis: 1,50 DM
Jahresabonnement: 15,00 DM



Mit dieser Ausgabe geht das INFO-TÜRK BULLETIN in sein viertes Erscheinungsjahr. Ab November 1979 erscheinen wir auch in einer fünften Sprache: neben der türkischen, englischen, französischen und deutschen Ausgabe gibt es jetzt auch eine in flämischer Sprache.

WIEDER EINE RECHTE REGIERUNG IN DER TÜRKEI

ANKARA (ITA) - Nach der schweren Wahlniederlage der sozialdemokratischen Republikanischen Volkspartei (CHP), übernahm Demirels rechtsgerichtete Gerechtigkeitspartei (AP) wieder die Macht in der Türkei. Mit Unterstützung zweier extrem rechter Parteien konnte Demirel eine Minderheitsregierung bilden. Sein Regierungsprogramm sieht neue antidemokratische Maßnahmen vor und es verspricht, "keinen Zweifel an der Grundrichtung der türkischen Außenpolitik aufkommen zu lassen"; das bedeutet, Demirel wird seine alte Politik zugunsten einer türkischen Abhängigkeit vom westlichen Militär- und Wirtschaftsblock fortsetzen.

Auf einer außerordentlichen Sitzung der Nationalversammlung am 25. November stimmten 229 der 446 Abgeordneten für das neue Regierungsprogramm, bei 208 Gegenstimmen. Das Programm wurde unterstützt von Demirels Gerechtigkeitspartei (187), der Nationalen Bewegungspartei des neofaschistischen Ex-Oberst Türke (17), der Nationalen Heilspartei des islamischen Fundamentalisten Necmettin Erbakan (22), der rechtsgerichteten Ordnungspartei (1) und der Demokratischen Partei (1). Außerdem hat ein Abgeordneter der CHP für dieses antidemokratische Programm gestimmt.

Doch damit nicht genug! Sechs weitere CHP-Abgeordnete nahmen an der Sitzung gar nicht teil und ermöglichten damit das Zustandekommen einer sicheren Mehrheit für das Programm der Minderheitsregierung.

Bekanntlich waren die Parlamentsnachwahlen vom 14. Oktober eine schwere Niederlage der seit 21 Monaten amtierenden Regierung Ecevit gewesen. In einem Erdrutsch nach rechts konnte die oppositionelle Gerechtigkeitspartei alle fünf nachzuwählenden Sitze für die Nationalversammlung gewinnen. Angesichts seiner Wahlniederlage mußte Premierminister Ecevit zurücktreten.

Nach Demirels Nominierung zum neuen Premierminister konnte seine Gerechtigkeitspartei weitere Stimmen im Parlament hinzugewinnen: zwei Abgeordnete der CHP wechselten zur AP über.

Fraktionswechsel einzelner Abgeordneter sind im türkischen Parlament in den letzten Jahren zu einer Alltäglichkeit geworden. So konnte auch Anfang 1978 die CHP die fünfte Regierung Demirel stürzen, weil zehn Abgeordnete der AP zur CHP übergelaufen waren. Im Sommer 1979 wechselten wiederum einige CHP-Abgeordnete zur Fraktion der AP.

Die zehn Abgeordneten der Gerechtigkeitspartei (AP), die Anfang 1978 den Sturz der Regierung Demirel verursacht hatten, waren mit Ministerämtern in der Regierung Ecevit belohnt worden. Auch jetzt sind wieder zwei der Abgeordneten, die den Sturz der Regierung Ecevit ermöglicht haben, mit Ministerämtern bedacht worden; es gibt Gerüchte, daß einige andere Überläufer mit Gold oder Silber belohnt worden sind.

Das Ergebnis der Nachwahlen vom 14. Oktober führte auch zu einem Wechsel im Amt des Senatspräsidenten. Vor den Wahlen stellte die CHP sowohl den Vorsitzenden der Nationalversammlung als auch den Senatspräsidenten. Wegen des parlamentarischen Machtwechsels mußte die CHP nun das Amt des Senatspräsidenten an den AP-Kandidaten Ihsan Sabri Caglayangil abgeben, während das Amt des Vorsitzenden der Nationalversammlung weiterhin bei dem Republikaner Cahit Karakas verblieb.

Eine Regierung des Kapitals

Der Wahlerfolg der rechten Parteien hat die kapitalistischen Kreise dazu ermutigt, neue Forderungen nach Einschränkung demokratischer Rechte und Einräumung neuer Privilegien für den privaten Wirtschaftssektor und das ausländische Kapital zu stellen.

Die türkische Arbeitgebervereinigung (TISK) forderte die neue Regierung auf, Staatssicherheitsgerichte einzurichten, die die Artikel 141 und 142 des türkischen Strafrechts (Verbot der Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus und jeder politischen Organisation auf Klassenbasis) strikt anwenden; weiter forderte sie vorrangige Unterstützung der Privatwirtschaft, Präventivmaßnahmen gegen Streiks und ein Streikverbot für alle öffentlichen Bediensteten. Die TISK schlug auch vor, den vierten Fünfjahresplan zu revidieren und folgende neue Schwerpunkte zu setzen: Staatliche Investitionshilfen für die Privatwirtschaft, Abschaffung staatlicher Monopole, Verhinderung von Rohstoffknappheit, Aufnahme der Türkei in die Europäische Gemeinschaft (EG) als Vollmitglied, wodurch die Beziehungen zwischen der Türkei und der EG produktiver gestaltet werden könnten als bei dem zuvor geplanten Einfrieren der Beziehungen für die nächsten fünf Jahre.

Andere rechte Parteien kündigten sofort an, daß eine Minderheitsregierung unter Demirel von ihnen unterstützt würde, wenn die AP die obigen Forderungen in ihr Regierungsprogramm aufnehme. Die rechtsextremistischen Parteien äußerten gegensätzliche Forderungen: während die neofaschistische Nationale Bewegungspartei für vorgezogene Parlamentswahlen im April 1980 ist, spricht sich die islamische Nationale Heilspartei gegen den Eintritt der Türkei in die EG als Vollmitglied und auch gegen vorgezogene Wahlen aus.

Obwohl Demirel während seines Wahlkampfes gesagt hat, daß seine Partei für vorzeitige Wahlen und für den Anschluß an die EG sei, erwähnte er diese beiden kontroversen Punkte nicht in seinem Regierungsprogramm, um sich die Unterstützung seiner ehemaligen und neuen Koalitionspartner zu sichern.

Dennoch vermuten politische Beobachter in Ankara, daß Demirel alles unternehmen wird, um einen Vorwand für vorgezogene Parlamentswahlen zu finden. Es ist bekannt, daß Demirels Hoffnungen darauf gerichtet sind, in vorgezogenen allge-

meinen Wahlen eine absolute Mehrheit zu gewinnen, damit er nicht länger auf die Unterstützung der islamischen Nationalen Bewegungspartei angewiesen ist, die gegen einen türkischen EG-Beitritt ist.

In der jetzigen Regierungserklärung heißt es über Demirels langfristige Ziele: "Wir sind entschlossen, unsere Beziehungen zu internationalen Wirtschaftsorganisationen und zur EG so fortzusetzen und zu verbessern, daß sie den Interessen der Türkei dienen. Von vorrangiger Bedeutung ist für uns die Ausnutzung ausländischer Investitionen für Entwicklungszwecke und der Abbau bürokratischer Schranken, die dem ausländischen Kapitalfluß in die Türkei hinderlich sind."

Dies ist in der Tat das Übergangsprogramm der türkischen Großbourgeoisie. Die Regierung Demirel hat die Aufgabe, dem internationalen Finanzkapital den Weg zu ebnen für volle wirtschaftliche, politische, ideologische und militärische Kontrolle dieses strategisch so wichtigen Landes im Nahen Osten.

(C-M-DN-DG-25/11)

TÜRKISCHE KAPITALISTEN FORDERN VOLLE EG-MITGLIEDSCHAFT

ANKARA (ITA) - Das von der EG-Kommission ausgesprochene Exportverbot für türkisches Baumwollgarn in EG-Länder, hauptsächlich nach Großbritannien, gewinnt neue Bedeutung angesichts der Bildung einer türkischen Regierung, die eine Vollmitgliedschaft der Türkei in der EG befürwortet. Der Generaldirektor für Beziehungen zu den Mittelmeerländern der Europäischen Kommission, Pierre Duchateau, besprach diese Angelegenheit mit der neuen Regierung während eines Besuchs in der Türkei am 21. November und informierte sich gleichzeitig über die Haltung der Regierung bezüglich einer vollen Mitgliedschaft in der EG.

Obwohl die Regierung Demirel wegen fehlender Parlamentsmehrheit ihre wahren Ziele in dieser Angelegenheit nicht öffentlich nennen kann, erklärten die türkischen Unternehmer, daß die Türkei schnellsten der EG beitreten solle. Schon während des Wahlkampfes veröffentlichten Mitglieder der türkischen Industriekammern eine gemeinsame Erklärung, in der es hieß: "Die zu erwartende Vollmitgliedschaft Griechenlands hat die Situation drastisch verändert: die Türkei sollte noch vor dem 1. Januar 1980 die Vollmitgliedschaft beantragen, weil Griechenland danach ein Vetorecht haben wird und eine türkische Vollmitgliedschaft somit blockieren kann."

In dieser Erklärung betonen die türkischen Unternehmer auch, daß es falsch sei anzunehmen, die relativ schwache türkische Industrie könne sich im Falle einer Vollmitgliedschaft nicht gegen die starken Volkswirtschaften der anderen EG-Länder durchsetzen. Ebenso widersprechen sie der Annahme, daß die türkische Kultur und religiöse Werte durch eine Vollmitgliedschaft beeinträchtigt würden.

Bezüglich des Exportverbots für Baumwollgarn stellte das türkische Außenministerium fest, daß diese Entscheidung der EG-Kommission eine Verletzung der Grundsätze des Assoziationsvertrags zwischen der EG und der Türkei sei und die türkisch-europäischen Beziehung dadurch negativ beeinflusst würden.

Bourgeoisie befürwortet ausländisches Kapital

Obwohl einige "revolutionäre" Kreise in der Türkei behaupten, daß es einen starken nationalistischen Flügel der türkischen Bourgeoisie gäbe, der ein Bündnis mit der Arbeiterklasse und der armen Bauernschaft gegen das internationale Finanzkapital eingehen könnte, widersprechen die jüngsten Erklärungen großer türkischer Industrieller dieser optimistischen Einschätzung.

Bei einer Zusammenkunft internationaler Geschäftsleute am 8. November in Istanbul, an der Vertreter von 70 Unternehmen aus der ganzen Welt teilnahmen, sagte der Vorsitzende der Vereinigung der Industriekammer der Türkei Sakip Sabanci, daß die Türkei dem ausländischen Kapital vielfältige Verwertungsmöglichkeiten eröffne. Ein Vergleich der türkischen Industrie heute mit derjenigen von vor 30-40 Jahren zeige, so Sabanci, daß die Türkei einen hohen Produktionsstand in Ackerbau und Viehzucht habe und dabei sei, ihr Tourismus-Potential zu verbessern.

An die Adresse der neuen Regierung gerichtet sagte Sabanci, daß das ausländische Kapital garantierte Wechselkurse als Vorbedingung für Technologieimport benötige. Er fügte hinzu, daß jede unfreundliche Maßnahme der Politiker gegen das ausländische Kapital die gewünschten Ergebnisse in Frage stellen würden.

Der stellvertretenden Generaldirektor von "Business International", Richard Mc Keen, stellte fest, daß die Türkei durch eine Periode der Krise gehe, die nur schwer in kurzer Zeit durchzustehen sei; wichtiger noch als Gesetze zur Stimulierung ausländischer Investitionen sei jedoch die Haltung derjenigen, die diese Gesetze anzuwenden haben.

Es sieht in der Tat nicht danach aus, daß die neue Regierung dem ausländischen Kapital ablehnend gegenüber stünde.

((C-DN-DG-2o/11))

NEUE ZUGESTÄNDNISSE AN DIE USA

ANKARA (ITA) - In Demirels Regierungsprogramm heißt es: "Die Türkei wird ihre Verpflichtungen einhalten. Die Türkei wird keine Abenteuer unternehmen und ihre Politik an der Vernunft orientieren. Die Türkei wird ihre Beziehungen zu den USA auf der Grundlage gegenseitiger Interessen, gegenseitigen Respekts und gegenseitiger Vertragstreue weiter entwickeln."

Es wäre dumm gewesen, irgendeine andere Erklärung von dieser Regierung erwartet zu haben, die von einem pro-amerikanischen Politiker wie Demirel angeführt und von der Großbourgeoisie und extrem rechten Parteien unterstützt wird.

Die Wiederbelebung der türkisch-amerikanischen Beziehungen hatte bereits unter der Regierung Ecevit begonnen, der vor zwei Jahren mit dem Versprechen an die Macht kam, der amerikanischen Militärpräsenz in der Türkei ein Ende zu machen. Bereits vor einem Jahr wurden vier wichtige amerikanische Militärstützpunkte, von denen aus die Sowjetunion beobachtet wird, wieder eröffnet, nachdem die USA ihr Waffenembargo gegen die Türkei aufgehoben hatten. Nur wenige Tage vor den Teilwahlen hat die Regierung Ecevit die zunächst auf ein Jahr befristete Betriebserlaubnis um weitere drei Monate verlängert. Ein Regierungssprecher teilte damals mit, daß die Verlängerung notwendig sei, um den Verhandlungspartnern genügend Zeit für den erfolgreichen Abschluß eines neuen türkisch-amerikanischen Verteidigungsabkommens zu geben.

Vor einem Monat schienen die Verhandlungen kurz vor einem Abschluß zu stehen. Doch dann forderte die Türkei für die nächsten fünf Jahre die Lieferung von militärischem Gerät im Wert von 2,5 Millionen Dollar als Verteidigungshilfe für die Modernisierung ihrer 500 000-Mann starken Streitkräfte. Die amerikanischen Unterhändler signalisierten, daß der US-Kongreß eine Hilfe in dieser Größenordnung wahrscheinlich nicht genehmigen werde.

Da jedoch die amerikanischen Stützpunkte in der Türkei seit dem Verlust der Militär- und Nachrichtenbasen im benachbarten Iran stark an Bedeutung gewonnen haben, versuchen die türkischen Militärs diesen Umstand auszunutzen, um mehr Militärhilfe von den USA bewilligt zu bekommen.

Ein anderer Verhandlungspunkt waren die U-2 Aufklärungsflüge im türkischen Luftraum, mit denen die USA die sowjetische Einhaltung der SALT II - Abmachungen überprüfen. Der ehemalige Premierminister Ecevit hatte angekündigt, daß er solche Flüge nur genehmigen würde, wenn Moskau dem nicht widerspricht. Die USA haben offensichtlich keine positive Antwort in dieser Frage von der Sowjetunion erhalten.

Das jüngste Problem in den türkisch-amerikanischen Beziehungen betrifft die Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen in euräischen Ländern. Als dieses Vorhaben auf die Tagesordnung der nächsten NATO-Versammlung gesetzt wurde, erklärte der ehemalige Premierminister Ecevit, daß seine Regierung gegen eine Stationierung dieser Raketen in der Türkei sei. Nach dem Regierungswechsel wird es für die USA leichter sein, die türkischen Verhandlungspartner von der Notwendigkeit einer solchen Stationierung zu überzeugen, die ja angeblich nur "der Verteidigung der freien Welt dient".

(C-M-DN-DG-2o/11)

DIE LINKE ORGANISIERT WIDERSTAND GEGEN RECHTE REPRESSION

ANKARA (ITA) - Auf die Bildung einer Rechtsregierung, die sich an den politischen Vorstellungen der Großbourgeoisie und des internationalen Finanzkapitals orientiert, haben linke Kräfte in der Türkei mit der Organisation einer demokratischen Widerstandsbewegung gegen die rechte Repression geantwortet.

In Anspielung an die politischen Vorschläge der Arbeitgebervereinigung hat die Konföderation fortschrittlicher Gewerkschaften der Türkei (DISK) den Unternehmern vorgeworfen, sie würden ähnlich wie im Deutschland der 30-er Jahre die Diktatur ihrer Klasse vorbereiten. Dazu die DISK: "Unsere Antwort darauf ist eindeutig. Unser Kampf wird entschlossener werden und nicht nachlassen. Die Bourgeoisie scheint den Widerstand der Arbeiter vergessen zu haben: am 15. und 16. Juni 1970, die Demonstrationen vom 16. September 1977 gegen die staatlichen Sicherheitsgerichte, den Widerstand vom 20. März 1978 und die Demonstrationen zum 1. Mai."

Selbst 13 Einzelgewerkschaften, die dem gemäßigten Gewerkschaftsbund TÜRK-İS angehören, veröffentlichten eine Erklärung, in der es heißt: "Die Unternehmer verlangen von der Regierung die Abschaffung aller demokratischen Rechte, die die Arbeiterklasse in langen und blutigen Kämpfen erstritten hat."

Die Vorsitzende der Arbeiterpartei der Türkei (TIP) Behice Boran erklärte, daß das Programm der neuen Regierung auf faschistischen und rassistischen Grundgedanken basiere und daß es darauf abziele, ein repressives Regime in der Türkei unter dem Deckmantel des Parlamentarismus zu errichten. Sie rief alle fortschrittlichen und demokratischen Kräfte der Türkei auf, sich auf einer patriotischen Plattform zusammenzuschließen und den Kampf für Demokratie ohne Zugeständnisse gemeinsam zu führen.

Die Arbeiterpartei der Türkei rief auch alle anti-imperialistischen Kräfte in der Türkei auf, den Widerstand gegen jeden Versuch einer Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenraketen in der Türkei oder in einem anderen europäischen NATO-Land zu organisieren.

(C-T-D-DG-21/11)

NACH DER WAHLNIEDERLAGE: ECEVITS PARTEI IN DER KRISE

ANKARA (ITA) - Das Ergebnis der Nachwahlen vom 14. Oktober hat die CHP in die tiefste Krise ihrer Geschichte gestürzt.

Zunächst warf die Parlamentsfraktion ihrem Vorsitzenden Ecevit vor, seine Amtsgeschäfte diktatorisch geführt zu haben und auf die kritischen Stimmen aus der Fraktion nicht gehört zu haben.

Daraufhin mußte Ecevit einen außerordentlichen Parteitag einberufen, der am 4. und 5. November 1979 zusammentrat. Obwohl er die Vertrauensfrage eindeutig für sich entscheiden konnte (1479 Stimmen für Ecevit, 20 dagegen bei vier Enthaltungen), kam es bei der Wahl zum neuen Parteivorstand zu einer Kampfabstimmung. 723 Delegierte wählten die von Ecevit vorgeschlagene Liste, 604 Delegierte unterstützten die Liste der innerparteilichen Opposition gegen Ecevit.

Nach dem Fraktionswechsel einiger Abgeordneter und besonders angesichts der Tatsache, daß sieben Abgeordnete direkt oder indirekt die neue Regierung im Parlament unterstützt haben, erwarten politische Beobachter weitere Unruhe und Auseinandersetzungen in der CHP.

(C-M-DN-DG-25/11)

POLITISCHE GEWALT NIMMT WEITER ZU

ANKARA (ITA) - In den 25 Tagen vom 18. Oktober (Redaktionsschluß von BULLETIN Nr. 12) bis zum 12. November 1979, an dem Ecevit die Regierungsgeschäfte seinem Nachfolger Demirel übergab, ereigneten sich in der Türkei weitere 130 politische Morde. Damit steigt die Zahl der Opfer aus politischen Gewalttaten in der 22-monatigen Regierungszeit Ecevits auf insgesamt 2213.

Am 28. Oktober 1979 überfielen fünf bewaffnete Männer ein Café in Istanbul; sechs Personen wurden getötet, viele andere verletzt. Die Verantwortung für das Massaker übernahm die "Islamische Befreiungs-Armee", eine im Untergrund arbeitende extrem rechte Organisation.

Im folgenden dokumentieren wir die politischen Morde bis zum 12. November:

18. Okt. der Arbeiter Kemal Gündoğdu und der Fahrer Mehmet Gümlü (Mersin), der Student Fehsi Eki (Denizli), der Angestellte Aziz Demir (Diyarbakir), der Rechtsanwalt Ömer Yılmaz (Kayseri), die Studenten Mehmet Adil Olcay und Hasa Sahin (Ankara);
19. Okt.: der Student Necla Yalcin (Ankara);
20. Okt.: Recai Elaldi (Eskisehir), der rechte Ibrahim Yarali (Trabzon), der MHP-Ortsvereinsvorsitzende Yilmaz Taskin (Izmit), der Gepäckträger Ismail Polat (Gaziantep), zwei Personen mit den Nachnamen Yasar und Garip sowie eine unbekannte Person (Istanbul);
21. Okt. der Fahrer Mehmet Alin (Diyarbakir), der rechte Ali Riza Bilir (Vakfikebir), der linke Vedat Kacmaz und zwei unbekannte Personen (Istanbul);
22. Okt.: der rechte Mustafa Kilic (Istanbul), Hüseyin Acar (Diyarbakir);
23. Okt.: der Arbeiter Cuma Karabulut (Samandag), der Elektriker Muharrem Minos (Samsun), Cuma Polat (Siverek);
24. Okt.: Erdal Cor (Antalya), der Student Hamdi Dikici (Aydin), der Maler Kamil Sunar (Izmir), der Lehrer Arif Karazeybek (Urfa), der Dorfvorsteher Adil Cicek (Konya);
25. Okt.: der Journalist Tamer Özdemir (Istanbul), Sait Celik (Kayseri), der linke Gazi Sakir (Ankara), der rechte Serafettin Karci, der linke Sedat Firat (Eskisehir);
27. Okt.: Napuli Bengi (Malatya), der rechte Ömer Özkan (Adana), die Studenten Mithat Bozkurt und Coskun Bostanci (Amasya);
28. Okt.: Bayram Cansu (Ankara), CHP-Mitglied Saim Unlü (Osmaniye)? Nafiz Özcan, Adem Desavali, Ramazan Cabuk, Ahmet Sakarbas, Salahattin Ucar, Salih Yilmazer (Istanbul);
29. Okt.: der Arbeiter Halis Öztürk (Eskisehir);
30. Okt.: der linke Student Ahmet Cinar (Eskisehir);
31. Okt.: der Arbeiter Mustafa Hayat und der Lehrer Tuncay Demirel (Iğdır);
01. Nov.: Hüseyin Celik (Hatay), Ali Sari (Mersin), Sadik Özbudak (Antalya), der linke Salahattin Sen (Vezirköprü), der linke Mikail Yilmaz (Istanbul), der rechte Samil Öztürk (Yozgat) der rechte Yakup Inan (Fatsa);
02. Nov.: Vural Elim und eine unbekannte Person (Ankara), der Arbeiter Sükrü Olcay (Adana), der Arbeiter Metin Güngör (Tarsus);
03. Nov.: der Bankdirektor Ismail Noyan (Istanbul), Mustafa Antepe (Ankara);
04. Nov.: der Lehrer Ayhan Erdogan, Iskender Senol, Hüseyin Özen und Recep Özen (Yozgat), zwei unbekannte Personen (Siverek), Saban Yazir (Istanbul);
05. Nov.: der linke Aziz Gözetmen (Viransehir), der Fahrer Bünyamin Akgül (Bolu), Ali Okan (Ceyhan), der Arbeiter Rasim Arslan (Istanbul), Mustafa Ertufan (Nigde), Mehmet Ipek, Hüseyin Bağcı und Eyüp Ipek (Urfa), Süleyman Fidan (Osmaniye), Baki Kaya (Istanbul);
06. Nov.: der stellvertr. Bürgermeister Mehmet Kaba (Diyarbakir), Ismail Özmen und vier unbekannte Personen (Siverek), der Arbeiter Halil Sari (Istanbul), Salih Unlü (Adana), Kadir Sayar (Uşak), Kamil Lale und Ali Ihsan Nelvi (Konya);
07. Nov.: der Polizist Ali Yasar Günaydin, der MHP-Funktionär Mehmet Hürol (Istanbul), der Arbeiter Halil Sefi (Denizli), Refik Agirac (Turgutlu), Osman Ertas (Mardin), der rechte Geschäftsmann Yilmaz Kusdemir (Uşak), der Student Kadir Pirhasanoglu (Trabzon), der rechte Student Mustafa Aydın (Giresun), Hüseyin Aydın (Diyarbakir);
08. Nov.: der Schuldirektor Nazmi Gürbüz und der Gewerkschaftsfunktionär Aslan Sivri (Istanbul), der MHP-Funktionär Zeki Kaya (Uşak), die Studenten Veli Karasu und Esref Sahlar (Adana), der Polizist Coskun Türkmén (Ankara);
09. Nov.: der Hoteldirektor Resat Aksan, der Lehrer Mahmut Nedim Ögretmen, der Gendarme Recep Keskinas (Istanbul), der Arbeiter Arif Uzun (Ankara), Mustafa Gurbet und Esat Yildiz (Siverek), zwei unbekannte Personen (Adana);

- 10. Nov.: der MHP-Ortsvereinsvorsitzende Hüsnü Özaltındere, der linke Ömer Ermiş und Imam Demirel (Istanbul); Ertac Aytac (Izmir), der rechte Cemal Öztemelci (Manisa), der Fabrikdirektor Ertugrul Camkat (Mardin), der linke Lehrer Suphi Paslioğlu (Bursa), Bülent Sarpkaya (Iskenderun), Ahmet Özaslan (Nevsehir);
- 11. Nov.: der Arbeiter Raif Erdem und das 12-jährige Mädchen Sunay Kurtoglu (Bursa), der linke Student Cahit Sezgin (Kars), der linke Arbeiter Mustafa Kemal Durmus (Giresun);
- 12. Nov.: der Metzger Arif Uzüm (Istanbul), der Lehrer Bahattin Topal (Adana).

Trotz des Regierungswechsels am 12. November geht der politische Terror ohne Unterbrechung weiter. Allein während der ersten zehn Tage der Regierung Demirel wurden 57 Personen in politischen Gewalttaten getötet, darunter am 19. November der extrem rechte Autor und frühere Abgeordnete İlhan Darendelioglu (46); am folgenden Tag wurde Umit Yasar Doganay ermordert, Professor an der Jura-Fakultät der Universität von Istanbul.

Im folgenden eine Liste der übrigen Opfer seit Beginn der neuen Regierung Demirel:

- 13. Nov.: Major Edip Solmaz (Batman), Mehmet Gümüşbaston, der rechte Necati Conger (Istanbul), Nihal Cizmecioglu (Urfa), Sefer Oral, der 7-jährige Gülistan Oral und Neveser Oral (Siverek), eine unbekannte Person (Diyarbakir);
- 14. Nov. Sait Celik, Seyt Kerniz, Bisar Akpirinc und Ramazan Akpirinc (Siverek), der Ingenieur Güven Yilmaz, der linke Osman Ilki, Musan İlhan und eine unbekannte Person (Istanbul), der Physiker Orhan Özbay (Gaziantep), der Ladenbesitzer Salahattin Dikencik (Ankara), Seyfettin Günay (Kars), der rechte Student Kadir Pelfek (Urfa);
- 15. Nov.: der rechte Apotheker Cihan Duman, MHP-Ortsvereinsvorsitzender Ismail Arslan, Ramiz Bulut (Istanbul), der rechte Student Nazmi Kök (Samsun), der Student Osman Cengiz Cetinkaya (Sakarya), Hüseyin Ciftci, Mehmet Yasabil und ein Unbekannter (Urfa), Seyfettin Günay (Kars), ein Unbekannter (Ankara);
- 16. Nov.: der linke Lehrer Talip Öztürk, Cemal Vatansever (Istanbul), der rechte Ismail Aydın (Unye), der Gendarme Musammer Gönen (Artvin), der Lehrer Abdülkadir Toma (Gaziantep), Zekra Bektas (Mus), Mustafa (Malatya);
- 17. Nov.: der Arbeiter Metin Özcan, Ali Kurt und Ahmet Türk (Bursa), der Student Kemal Özdemir (Kayseri);
- 18. Nov.: der Apotheker Hasan Öztürk (Malatya), der Gewerkschafter Ismail Bastürk (Izmit);
- 19. Nov.: der linke Yilmaz Hatimoğlu (Artvin), der Student Turgut Yamuktu (Adiyaman), der Gefangene Hasan Kazancioglu (Edirne), der rechte Student Osman Günaydan (Ankara);
- 20. Nov.: die Goldschmiede Seref Atasever und Nazif Yilmaz (Elazig), der Arbeiter Hüseyin Duman und Hüseyin Ovaoglu (Gaziantep);
- 21. Nov.: der ehemalige örtliche MHP-Vorsitzende Mehmet Basak (Istanbul).

Bis zum 21. November 1979 stieg damit die Gesamtzahl der Opfer auf 2270.
(C-M-H-DN-22/11)

ANTI-DEMOKRATISCHE PRAKTIKEN NEHMEN ZU

ANKARA (ITA) - Unter dem Vorwand einer Bekämpfung des politischen Terrors sieht das Programm der neuen Regierung eine Vielzahl antidemokratischer Maßnahmen vor. Demirel gab bekannt, daß der seit Anfang 1979 über 19 Provinzen der Türkei verhängte Ausnahmezustand bestehen bleibt, "bis Ruhe und Ordnung wiederhergestellt sind". Zusätzlich sollen Notstandsgesetze verabschiedet werden, ist ein Gesetz über staatliche Sicherheitsgerichte vorgesehen und sollen die Strafen für politische Vergehen verschärft werden.

Es ist bereits festzustellen, daß die skandalösen Artikel 141 und 142 des türkischen Strafrechts in den letzten Wochen verstärkt von Behörden und Gerichten gegen Mitglieder demokratischer Organisationen in Anwendung gebracht wurden.

(C-M-H-DN-DG-22/11)

Hiermit bestelle(n) ich/wir das INFO - TÜRK BULLETIN für ein
jahr zum Preis von 15,00 DM. Das Abo verlängert sich, wenn
es nicht vor Ablauf des Jahres gekündigt wird.

| | | | |
|-----------------------|-----------------------|-----------------------|-----------------------|
| Türkisch | Deutsch | Englisch | Französisch |
| <input type="radio"/> | <input type="radio"/> | <input type="radio"/> | <input type="radio"/> |

Name : Adresse :
.

Erhältlich über die
INFO - TÜRK AGENTUR :

- MASSAKER IN ANKARA - Warum ?
" Bericht und Hintergrund "
- Ein illustrierte Broschüre über
politische Gewalt der Türkei, 48 Seiten
- TÜRKIEI AND THE WORLD
" Rede von Frau Behice Boran, der Vorsitzenden
der Arbeiterpartei der Türkei "
(Nur in Englisch erhältlich)
- MAPPE MIT POSTERN DES TÜRKISCHEN
WIDERSTANDS (6,00 DM.)
- LIEDER UND GEDICHTE
(Zweisprachig, türkisch und Französisch
3,00 DM)
- TÜRKISCHE REVOLUTIONÄRE CHANSONS
(Ein Langspielplatte mit Erklärungen
in englischer und französischer
Sprache. 20, 00 DM.)

.....
● INFO - TÜRK AGENTUR ●
● Postfach 10 06 30 ●
● D - 4220 Dinslaken 1 ●
.....